

Stellungnahme bezüglich des Verbots der VHS Veranstaltungsreihe *Nahost* in Neuss und der damit einhergehenden Diffamierung des Vereins Handala e.V.

In dieser Woche wurde die Veranstaltungsreihe *Nahost* der VHS Neuss vom Bürgermeister der Stadt Neuss, Herrn Herbert Napp (CDU), verboten. Der Fraktionsvorsitzende der Partei Die LINKE in Neuss geht sogar noch weiter und fordert den Rücktritt des VHS-Leiters. Auch unsere Ausstellung „Haft ohne Anklage“, die sich mit der von Israel praktizierten Administrativhaft sowie deren Auswirkungen auf die palästinensische Bevölkerung auseinandersetzt, sollte im Rahmen dieser *Nahost*-Reihe gezeigt werden.

Herrn Napps Behauptung, die Veranstaltungsreihe sei einseitig, ist völlig aus der Luft gegriffen. Die im Rahmen der *Nahost*-Reihe geplanten Veranstaltungen sollten kritisch die israelische Besatzungspolitik beleuchten. Als einseitig kann dies nur von jemandem bezeichnet werden, der weder die Situation in den besetzten palästinensischen Gebieten noch die Auswirkungen der israelischen Besatzungspolitik auf die palästinensische Bevölkerung kennt. Allen Beteiligten ging es darum, sich konstruktiv mit dem Thema auseinanderzusetzen und Möglichkeiten für eine friedliche Zukunft für Israel und Palästina aufzuweisen.

Unsere Ausstellung ist innerhalb eines Jahres im Rahmen eines wissenschaftlichen Forschungsprojekts an der Philipps-Universität Marburg entstanden und wurde bereits erfolgreich in Marburg, Kassel, Hamburg und Aachen gezeigt. Sie beruht zu großen Teilen auf Berichten von Amnesty International, der palästinensischen Menschenrechtsorganisation Addameer und den israelischen Menschenrechtsorganisationen B'Tselem und HaMoked. Unsere Kritik an der israelischen Administrativhaft steht in Einklang mit dem UN-Menschenrechtsrat, dem höchsten Gremium zur Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte weltweit.

Dies alles immunisiert die Ausstellung nicht gegen Kritik. Im Gegenteil: erst eine sorgfältig recherchierte und belegte Argumentation bietet die Grundlage für wirklich fruchtbare Auseinandersetzung. Als Bürgermeister der Stadt Neuss jedoch ohne Rückgriff auf jegliche Expertise und höchstwahrscheinlich ohne die Ausstellung auch nur einmal zu Gesicht bekommen zu haben kurzerhand zu urteilen, erscheint uns mehr als vermessen. Die öffentliche Verbreitung einer wissenschaftlichen Arbeit, die Teil einer politischen Diskussion ist, schlichtweg zu verbieten, ist ein deutlicher Eingriff in die grundrechtlich garantierte Meinungsfreiheit. Ein solcher Schritt sollte besser begründet sein als durch den pauschalen Verweis auf eine angebliche „Einseitigkeit“ der Darstellung. Das Verbot zeigt somit einmal mehr, dass scheinbar keinerlei Interesse daran besteht, sich mit zentralen Aspekten des Konflikts – die aufgrund der asymmetrischen Verhältnisse zwischen Besatzungsmacht und besetztem Volk nicht ohne Kritik an der israelischen Besatzungspolitik auskommen können – auseinanderzusetzen. Im Gegenteil: durch das Verbot wird vielmehr unterbunden, dass eine durchaus auch kontrovers geführte Diskussion im Anschluss an Vorträge und Veranstaltungen stattfinden kann.

Im Zuge dieses Verbots kommt es nun vermehrt zu Diffamierungen gegenüber dem Verein Handala sowie gegenüber der Vereinsvorsitzenden Nora Demirbilek. Es wird behauptet, der Verein nehme eine israelfeindliche/israelhassende Haltung ein. Genauso absurd ist die Behauptung, die vom Verein konzipierte Ausstellung dürfe sich nicht ausschließlich mit der von Israel praktizierten

Form der Administrativhaft beschäftigen, sondern müsse auch andere Länder, die diese Form der Haft praktizieren, in den Fokus nehmen. Der Verein Handala e.V. hat es sich zur Aufgabe gemacht, die Öffentlichkeit für die Situation der PalästinenserInnen zu sensibilisieren sowie eine kritische und gleichzeitig sachliche Diskussion über den Israel/Palästina Konflikt zu fördern (siehe unter anderem § 2 Vereinszweck der Satzung; sowie auch Ziele unseres Vereins: <https://handalamarburg.wordpress.com>). Damit hat er sich einen eindeutigen regionalen und thematischen Fokus gesetzt.

Unsere Ausstellung verweist bereits zu Beginn darauf, dass die Administrativhaft nicht ausschließlich in Israel zur Anwendung kommt. Angemerkt sei dennoch, dass Israel weltweit der einzige Staat ist, in dem Administrativhaft einen integralen Bestandteil des nationalen Rechtssystems bildet: Die Implementierung der Administrativhaft erfolgt sowohl im binnenländischen Gesetzesrecht Israels als auch in der Militärlegislative der besetzten palästinensischen Gebiete. Die Ausstellung belegt darüber hinaus, dass die israelische Regierung und die israelischen Sicherheitskräfte bei der Durchführung der Administrativhaft regelmäßig gegen internationales Recht und die in diesem klar definierten Bedingungen und Auflagen verstoßen.

Unser Verein arbeitet seit seiner Gründung mit palästinensischen und israelischen sowie deutschen und internationalen AktivistInnen, WissenschaftlerInnen und Menschenrechtsorganisationen zusammen. Wenn Mensch sich die Ausstellung angeschaut hätte, dann wäre sowohl aus den von uns ausgewählten InterviewpartnerInnen, der Literatur/Quellen, auf die sich die Ausstellung stützt sowie aus dem Statement der UnterstützerInnen der Ausstellung eindeutig hervorgegangen, dass die Anschuldigungen und Diffamierungen gegen den Verein sowie gegen die Vereinsvorsitzende durchweg haltlos sind.

Gleichermaßen distanziert sich Handala e.V. entschieden von dem Antisemitismus-Vorwurf und weist darauf hin, dass die relativierende Verwendung von "Antisemitismus" als Parole zum Totschlag-Ideologem vollkommen fremdbestimmter Interessen geronnen ist (vgl. Zuckermann, Moshe: *Antisemit! Ein Vorwurf als Herrschaftsinstrument*, Wien: ProMedia, S. 8), die jegliche notwendige Kritik an den Lebensrealitäten in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten zu verunglimpfen versucht. Antisemitismus ist ein schwerwiegender Vorwurf, der gut begründet sein sollte. Er kann nicht einfach, wie in unserem Fall, pauschal, ohne auch nur irgendeinen Verweis auf eine konkret getätigte antisemitische Äußerung oder Handlung, vorgebracht werden. Dies stellt eine öffentlich rufschädigende Diffamierung dar, gegen die wir uns aufs Schärfste verwahren.

Wir sehen sowohl die internationale Staatengemeinschaft als auch deren Zivilgesellschaft in der politischen und moralischen Verantwortung, zu handeln. Diese Verantwortung besteht auch darin, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass nicht weiterhin auf der Basis von durch Hegemonie und Dominanz geleiteten politischen Verhandlungen über Frieden geredet wird und dabei gleichzeitig unter anderem mit der Expansion israelischer Siedlungen in den besetzten Gebieten, der Konfiszierung von palästinensischem Land sowie auch mit der Praxis der Administrativhaft Fakten geschaffen werden, die einem Frieden für die israelische und die palästinensische Bevölkerung entgegenwirken. Vielmehr muss zunächst Gerechtigkeit auf der Grundlage des internationalen Menschen- und Völkerrechts umgesetzt werden, denn Gerechtigkeit bildet stets die Voraussetzung für Frieden.

Mit freundlichen Grüßen

i.A. Nora Demirbilek (Vereinsvorsitzende von Handala e.V.)